

„Zornige Frauen“ am CSD – 29.5.2010

Seit zwei Monaten kämpfen die Frauen der feministischen Einrichtungen, vereinigt in der „Plattform Zornige Frauen“ gegen die Subventionsstreichungen und -kürzungen durch die ÖVP-Landesrätin Zoller-Frischauf. Die ideologische Motivation der Einsparungen wies die zuständige Landesrätin als „dummen Ideologieverdacht“ zurück. Dass dieser mehr als begründet ist, zeigte sich, nicht nur weil die Veröffentlichung der Förderprinzipien mit dem Argument des Datenschutzes [sic!] verweigert wurden, sondern auch, weil die als Begründung angeführten Budgetkürzungen im Bereich Frauenförderung laut Budgetvoranschlag des Landes Tirol schlicht nicht der Wahrheit entsprechen.

Dass die Sparzwänge kaum glaubhaft sind, wird auch daran deutlich, dass für Repräsentationszwecke und Imagekampagnen in Tirol das Geld nie ausgeht: 1,5 Millionen Euro für Ehrungen und Ehejubiläen, 1,7 Millionen für einen Landesfestumzug oder 20 Millionen für ein Museum ohne Konzept. Selbst der Haflingerzuchtverband ist dem Land fünf Mal so viel wert wie die gesamte Frauenförderung. Dass es um die Frauenförderung in Tirol generell sehr schlecht bestellt ist, zeigt ein Bundesländervergleich. Selbst das kleine Vorarlberg (717.000,-) wendet fast drei Mal so viel dafür auf wie Tirol (272.600,-).

Seit gestern wissen wir, dass die Subventionen gesichert sind, allerdings nicht von der für Frauenpolitik zuständigen Landesrätin, sondern durch das Sportressort von Landeshauptmannstellvertreter Hannes Gschwentner von der SPÖ. Damit sind wir wahrscheinlich die ersten feministischen Einrichtungen die Sportförderung erhalten. Das verschafft uns eine Atempause, das Problem, dass Landesrätin Zoller-Frischauf gezielt den explizit feministischen Einrichtungen das Geld entzieht – alle anderen haben ihre Subventionen weiterhin erhalten – ist damit aber nicht gelöst. Schon letztes Jahr musste das Sozialressort einspringen, als LR Zoller-Frischauf dem Autonomen FrauenLesbenZentrum die Subvention ohne Begründung entzog. Ziel ist es offenbar die politischen Kommunikationszentren der Frauenszene zu eliminieren, handelt es sich doch um Einrichtungen, die seit Jahren und Jahrzehnten feministische und bildungspolitische Grundlagenarbeit leisten.

Im aktuellen Konflikt tritt deutlich ein neues Verständnis von Frauenpolitik und -förderung hervor, die diese als Dienstleistung versteht. Nur noch Beratungsangebote und Trainings (z.B. für Frauen in Entscheidungspositionen oder Berufsberatung) sollen gefördert werden. Eine inhaltlich gesellschafts-theoretische und politische Auseinandersetzung – die ja Basis von derlei Instrumenten ist, – wird dagegen delegitimiert. Das geht damit einher, dass Frauenpolitik immer mehr auf eine Gleichstellung im Gegebenen abzielt. Dass Nachdenken über Strukturen nicht mehr gefragt ist, manifestiert sich exemplarisch auch am sog. „Politiklehrgang für Frauen“ des JUFF Frauenreferates – hier werden ausschließlich Persönlichkeits- und Rhetorikseminare angeboten. Die Strukturen des politischen Systems, die nach wie vor sehr informell und patriarchal sind, und damit potentielle Hindernisse für Frauen in der Politik werden nicht vermittelt.

Die Aussagen der ÖVP-Landesrätin werfen aber auch ein grelles Licht auf deren Verständnis von Gesellschaft – entgegen Realität soll ein homogenes Bild von der Tiroler Gesellschaft gezeichnet werden. Gegenkulturelle Strömungen sollen durch die herrschende Kultur der

„Tirolität“ – was immer das sein mag – unsichtbar gemacht und platt gewalzt werden. Behauptete sie letztes Jahr noch, dass Tirol eine so offene und tolerante Gesellschaft sei, dass es ein Autonomes FrauenLesbenZentrum nicht brauche, so wird heuer kritisiert, dass das AFLZ keine psychologische Beratung anbiete.

Während also der heterosexuelle Ehebund mit Ehrungen hochgehalten wird, gibt es für feministische und lesbische Einrichtungen kein Geld. Das wirft ein entlarvendes Licht auf die Wertigkeiten, die die Tiroler ÖVP der Frauenpolitik und der Gleichstellung von verschiedenen Lebensformen beimisst. Nachdem nur mehr knapp zwei Drittel überhaupt heiraten – Tendenz fallend – stellt sich die Frage, was damit bezweckt werden soll. Es dürfte wohl darum gehen, die Kleinfamilie – als bedrohte Art – zu fördern und ganz entgegen der gesellschaftlichen Realität soll der heterosexuelle Ehebund bis zum Tod idealisiert und finanziell gefördert werden.

Deutlich wird in der aktuellen Auseinandersetzung, dass Politik nur noch als möglichst effiziente Verwaltung verstanden oder zumindest so dargestellt wird – die Realität der Korruptierbarkeit, der in Tirol mehr als schamlosen Klientelpolitik und der Geldvernichtung aufgrund politischer Inkompetenz ist die Kehrseite dessen.

Die finanzielle Grundlage der Frauen- und Lesben-Projekte für dieses Jahr ist gesichert, aber die „Zornigen Frauen“ werden weiterhin die Verteilung öffentlicher Gelder sowie die Nachrangigkeit von Frauen-, Sozial- und Kulturpolitik thematisieren und dagegen protestieren.